Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 88. **Sonntag** den 17. Februar 1895. 89. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Stücke 4 und 5 des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** sind bei uns eingegangen und werden **bis zum 9. März d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich ausgehängt.

Dieselben enthalten:

Nr. 2210. Verordnung, betreffend das völlige Inkrafttreten der auf die Sonntagsruhe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891. Vom 4. Februar 1895.

Nr. 2211. Bekanntmachung, betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe. Vom 5. Februar 1895.

Nr. 2212. Bekanntmachung, betreffend eine II. Ausgabe der dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. Vom 26. Januar 1895.

Leipzig, den 12. Februar 1895.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 20. Februar 1895, Abends 6½ Uhr, im Sitzungssaale am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. **Bericht** des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über: Abtrennung eines Arealstreifens von dem Platze III und dessen Hinzuschlagung zu dem Platze IV des zwischen der Carl Tauchnitz-, Ferdinand Rhode-, Wächter- und Gerichts-Straße gelegenen Baublocks.

II. **Bericht** des Stiftungs-, Bau- und Oekonomieausschusses über: a. Ankauf der Feldparcellen Nr. 151/153, 160/162 des Flurbuchs für Dölitz; b. Ankauf der Parcellen Nr. 40 und 67 des Flurbuchs für Stünz und eines Theiles der Parcelle Nr. 68 desselben Flurbuchs, sowie Gewährung einer Provision; c. Verwerthung des jetzigen Grundstücks der Speck-Stiftung in Leipzig-Gohlis und Neuanlage der Stiftung auf der von dem Johannishospital zu erwerbenden Parcelle Nr. 366 für Leipzig-Gohlis.

III. **Bericht** des Finanz-, bez. Verfassungs- und Bauausschusses über: Conto 32 „Schauspielhäuser", Conto 40 „Cantinirent", Conto 43 und Specialbudget „Pagerhof", Specialbudget „Leihhaus und Sparcasse" und Specialetat „Sparcassen der Vororte" des Haushaltplanes auf das Jahr 1895.

Bekanntmachung.

Wir haben beschlossen, in jedem bewohnten Grundstücke der Stadt ein Schild anbringen zu lassen, auf dem die nächsten Feuermeldestellen, die Bezirkspolizeiwache und die nächste Sanitätswache des Samaritervereins verzeichnet sind.

Die Schilder sollen so angebracht werden, daß sie von Jedermann beim Austritt aus dem Hause gelesen werden müssen.

Wir richten an die Hausbesitzer das Ersuchen, den mit der Anbringung der Schilder Beauftragten Feuerwehrmannschaften den Zutritt zu ihren Grundstücken zu gestatten und ihnen ihre Wünsche über Art und Ort der Anbringung bekannt zu geben.

Leipzig, am 13. Februar 1895.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 658. Dr. Georgi. Dr. Just.

Bekanntmachung.

Zur Beschaffung von Heizmaterial für Arme sind uns weiter zugegangen:

5 ℳ unter dem Zeichen H. G.,
3 „ unter dem Zeichen E.,
20 „ unter dem Zeichen A. P.,
30 „ Ueberschuß einer Lotterie von hiesiger Ortsgruppe des Riesengebirg-Vereins,
20 „ unter dem Zeichen A. U.,
30 „ von einem Herrn, dessen Name verschwiegen werden soll,

108 ℳ in Summa, worüber wir mit dem herzlichsten Danke quittiren.

Leipzig, den 16. Februar 1895.

Das Armenamt.
Hentschel. Schicker.

Brennholz-Auction.

Montag, den 18. Februar d. Js., sollen von Vormittags 9 Uhr an im Gonnewitzer Forstrevier auf dem Mittelwaldschlage im Nonnenholze (in Abth. 40)

ca. **100 Haufen Abraum** und
100 Haufen Schlagreisig (Langholz)

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in der **Nonne**, ohnweit der „**Nassen Wiese**".

Leipzig, am 1. Februar 1895.

Des Raths Forstdeputation.

Vermiethung.

In den nachgenannten, der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Grundstücken sind folgende Miethräume gegen viertel- bez. halbjährige Kündigung zu vermiethen:

1) **Rathhausgebäude** — Wein-Kellerei —,
2) **Alte Börse — Naschmarkt** — Verkaufsgewölbe Nr. 3,
3) **Salzgäßchen Nr. 2**, ein Verkaufsgewölbe im Erdgeschoß,
4) **Neumarkt Nr. 11**, eine Wohnung im V. Obergeschoß,
5) **Große Fleischergasse Nr. 10 — Goldene Krone** — eine Wohnung im II. Stock, Hof rechts,
6) **Petersteinweg Nr. 17 — Grüne Linde** — eine Wohnung im II. Stock des Hintergebäudes,
7) **Windmühlenstraße Nr. 7,**
   a. Verkaufsgewölbe im Erdgeschoß,
   b. eine Wohnung im I. Stock (Nr. A),
   c. eine desgl. im II. Stock rechts,
8) **Reitzenhainer Straße Nr. 126 in Leipzig-Thonberg,** eine Wohnung im I. Stock rechts,
9) **Reitzenhainer Straße Nr. 132 in Leipzig-Thonberg,** eine Wohnung im I. Stock links,
10) **Clarastraße Nr. 16 in Leipzig-Neuschönefeld,** 5 Kellerabtheilungen,
11) **Gemeindeamtsstraße Nr. 6 in Leipzig-Lindenau,**
   a. eine Wohnung im II. Obergeschoß links,
   b. eine Wohnung im II. Obergeschoß rechts.

Die Miethräume unter 6, 9, 10, 11a, 11b sind **sofort**, diejenigen unter 4 **vom 1. März**, diejenigen unter 2, 3, 5, 7a, b, c, 8 **vom 1. April** und diejenigen unter 1 **vom 1. Juli 1895** ab zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 5. Februar 1895.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Roche.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Dienstag, den 19. Februar 1895, Nachmittags 6 Uhr, in deren Sitzungssaal, Neue Börse, Tr. A, I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Bericht über die jüngsten Sitzungen des Königlich Sächsischen **Eisenbahnraths zu Dresden** und des Königlich Preußischen **Bezirks-Eisenbahnraths zu Erfurt.**
3. Berichte des Verfassungs- und Local-Ausschusses über a) die Wahl von Abgeordneten zum **Deutschen Handelstag;** b) das Gesuch um Förderung des Vereins für den **Schutz des gewerblichen Eigenthums;** c) die Einladung zur Haupt-Versammlung des Central-Vereins für **Hebung der deutschen Fluß- und Canal-Schifffahrt.**
4. desgl. des Handelsgesetzgebungs-Ausschusses über a) die Eingabe des Leipziger Drogisten-Vereins, die gesetzliche Stellung des **Drogenhandels** betr.; b) die Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern, Regelung der **Sonntags-Arbeit** in den vorwiegend mit unregelmäßiger Wasserkraft arbeitenden Betrieben betr.; c) die Behandlung der Frage der Besteuerung in dem Gesetz über den **unlauteren Wettbewerb;** d) das Ersuchen des Königlichen Amtsgerichts hier, einen **Handelsgebrauch im Rauchwaaren-Geschäft** betr.; e) den Fragebogen des deutschen Vereins zum Schutz des gewerblichen Eigenthums über das **Musterschutz-Gesetz.**
5. Bericht des Zoll- und Steuer-Ausschusses über die Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern, die **Mehl-Ausbeute** von Weizen und Roggen pp. betr.
6. Bericht über die Frage einer veränderten **Behandlung der Drucksachen im Postverkehr.**

Hierauf nicht-öffentliche Sitzung.

Anmeldung zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung in Leipzig sind, wenn die Ausführung in dem im Monat April beginnenden ersten Bauabschnitt des Rechnungsjahres 1895/96 gewünscht wird, **spätestens** bis zum 1. März bei dem Kaiserlichen Stadt-Fernsprechamt hier, Grimmaischer Steinweg Nr. 3, II., anzumelden.

Später eingehende Anmeldungen können erst im nächstfolgenden, am 1. September beginnenden Bauabschnitt berücksichtigt werden.

Einer Erneuerung der bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.

Leipzig, den 9. Februar 1895.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector,
Geheime Ober-Postrath.
Walter.

Erledigt

hat sich der gegen den Naturheilkundigen Friedrich Bernhard **Winkler** aus Seithain unter dem 14. Februar 1895 erlassene Steckbrief.

Leipzig, den 15. Februar 1895.

Königliche Staatsanwaltschaft.
Dr. Dürbig.

Die städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.

Leipzig, den 1. Februar 1895.

Die Sparcassen-Deputation.

III. Realschule

(Pestalozzistraße).

Die **Aufnahme-Prüfung** findet am **Sonnabend, den 23. Februar 1895,** früh 8 Uhr statt. Papier und Feder sind mitzubringen.

Leipzig, den 16. Februar 1895.

F. Fischer,
Director.

Bau-Areal,

in nächster Nähe des Bahnhofes und der Harthwaldung schön gelegen, hat billig zu verkaufen

der Stadtrath zu Zwenkau.

Bekanntmachung.

Die neubegründete, mit einem Gehalt von 2100 ℳ und Pensionsberechtigung ausgestattete Stelle eines **4. Baucontroleurs** unserer Baupolizeiabtheilung ist **baldigst zu besetzen.**

Bautechniker, welche die staatliche Baugewerkmeisterprüfung im Königreich Sachsen bestanden haben, wollen ihre Bewerbungen unter Beifügung von Zeugnissen und einer Lebensdarstellung **umgehend** bei uns schriftlich einreichen.

Chemnitz, den 15. Februar 1895.

Der Rath der Stadt Chemnitz.
André, Dr., Bde.
Oberbürgermeister.

Steckbriefs-Erledigung.

Der gegen den **Klempner Hermann Masebarsky** aus **Graudenz** wegen Diebstahls erlassene **Steckbrief vom 21. September 1882** ist **erledigt.**

Bernburg, 11. Februar 1895.

Der Herzogliche Staatsanwalt.
Pannier.

Im Zeichen der „landwirthschaftlichen Woche".

Heute beginnt die „große landwirthschaftliche Woche", die alljährlich in Berlin eine Reihe landwirthschaftlicher Vereinigungen versammelt und in den letzten Jahren unstreitig eine reichspolitische Bedeutung gewonnen hat. Im Vordergrunde stehen nicht mehr die Berathungen der landwirthschaftlich-technischen Verbände, die nüchternen Männer der „kleinen Mittel", sondern der agitatorische Bund der Landwirthe und zwar in diesem Jahre zum ersten Male seit seinem Bestehen als nicht oppositionelle Vereinigung. Zwischen der vorigjährigen und der letzten Versammlung des Bundes liegen große Veränderungen, die sich zu Gunsten weitgreifender landwirthschaftlicher Bestrebungen vollzogen haben, und die Art, wie die Versammlung in der abgelaufenen Woche gewissermaßen vorbereitet wurde, war geeignet, die „extremsten" Agrarier mit Genugthuung zu erfüllen. Der Kaiser will den Vorstand des Bundes der Landwirthe empfangen, eine Gunstbezeugung, die der Umstand, daß die Personen, denen sie widerfährt, keineswegs hervorragende Vertreter des landwirthschaftlichen Gewerbes sind, nur noch bedeutsamer erscheinen läßt.

Wie der Monarch, so haben Regierung und Parlament der Landwirthschaft das größte Entgegenkommen bewiesen. Während die Agitation für den Antrag Kanitz fortgesetzt wird, ist der allgemeinen Discussion der Währungsfrage eine breitere politische Unterlage gegeben worden. Wenn der Reichskanzler Wirkungen des niedrigen Standes des Silberpreises constatirt, deren Beseitigung im deutschen Interesse wünschenswerth sei, so hat er sich damit keineswegs gegen die Goldwährung und für die Doppelwährung ausgesprochen; er mag unerwünschte Nebenwirkungen im Auge gehabt haben, wie sie jede wirthschaftliche Einrichtung äußert, ohne deshalb im Wesentlichen ihre Vorzüge einzubüßen. Fürst Hohenlohe hat zudem in einer nicht mißzuverstehenden Wendung eine abfällige Kritik der Reichswährung im Allgemeinen von sich gewiesen, aber das Goethe'sche Wort: „Man spricht vergebens viel, um zu versagen; der Andre hört von Allem nur das Nein" — verkehrt sich auch manches Mal in sein Gegentheil, und dies dürfte von der Erklärung des Reichskanzlers insoweit gelten, als es sich um den von dem Verlangen nach Einführung der Doppelwährung erfüllten Theil der Bevölkerung handelt. Während die bimetallistischen Wortführer, wie am Freitag auch wieder Graf Mirbach, wenn sie ein urtheilsfähiges Auditorium vor sich haben, bereitwillig den übrigens selbstverständlichen Satz anerkennen, daß Deutschland sein Währungssystem nicht ändern könne, wenn England nicht das Gleiche thue, konnte man die Beobachtung machen, daß dieser Cardinalpunct aus der Erörterung in Volksversammlungen und der populären Presse mehr und mehr verschwunden ist und Redensarten, wie der: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg" — Platz gemacht hat.

Eine Beruhigung von längerer Dauer wird man deshalb von der Erklärung des Reichskanzlers kaum erwarten dürfen. In der Sache selbst scheint nun aber eine abermalige Besprechung der Silberfrage in einer internationalen Conferenz unbedenklich. Es handelt sich um einen Gegenstand, der die nationalökonomische Wissenschaft in allen Ländern beherrscht, und bei der Anregung einer theoretischen Discussion kann man sich keine „Blamage" zuziehen. Auch eine Beunruhigung unseres Geld- und Waarenmarktes steht von der Einberufung einer Untersuchungs-Commission nicht zu befürchten, da der Handel kaltes Blut besitzt und die ausschlaggebenden Momente, zu denen vor allen die Reform der englischen Währung gehört, keinen Augenblick aus dem Auge verliert.

Mag übrigens das Verhalten des Reichstages und der Regierung in der Währungsfrage die wirthschaftlichen Verhältnisse beeinflussen oder nicht, die vom Osten geleitete agrarische Bewegung, die leider keine rein landwirthschaftlich-ökonomische ist, wird Vortheile daraus ziehen und ihren Einfluß auf die gesammte innere Politik verstärkt sehen. Wie eifrig und rücksichtslos die Hochconservativen ihre Geschäfte betreiben, hat der Brief des Herrn v. d. Gröben gezeigt, dessen auf schändliche Weise erfolgte Veröffentlichung die symptomatische Bedeutung seines Inhaltes nicht zu verringern vermag. Wie wir die Empörung der Conservativen über den Diebstahl im Reichstagsgebäude theilten, so konnten wir doch nicht verkennen, daß auf jener Seite das Bedürfniß nach einem die fatale Enthüllung übertäubenden Geräusch an den Entrüstungsrufen nicht unbetheiligt gewesen ist. Indessen hat der Vorfall, wie sich schon gezeigt hat, ebenso wenig üble Folgen für die Conservativen gehabt, wie die immer energischer betriebene Agitation für den Antrag Kanitz. Da aber das Centrum, wie es heißt, zur Zeit überaus mächtig ist, hört man vielleicht auf die Stimmen seiner beiden führenden Organe, die gleichzeitig Warnungsrufe gegen die agrarische Demagogie ergehen lassen. Die „Germania" ist so weit, es als ein Glück zu preisen, daß in Deutschland kein Stand stark genug ist, die gesammte Bevölkerung zu „terrorisiren", und findet damit für die Action Kanitz in der That den zutreffenden Ausdruck.

Freilich scheinen mehr Centrumsschmerzen als patriotische Beklemmungen den klerikalen Blättern den Nothschrei erpreßt zu haben. Der Antrag Kanitz leckt an den Grundmauern des Centrumsthurmes, namentlich am Rhein, wo die Rücksicht auf die industrielle Bevölkerung es nicht ohne üble Folgen gestattet, sich, wie an mehreren Puncten Bayerns geschehen, mehr oder minder unverblümt für die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr zu erklären. Im Uebrigen wäre es Vermessenheit, der Kenntniß dessen sich zu rühmen, was im Centrum vorgeht. Das Laviren und Hinauszögern der großen politischen Entscheidungen, worin diese Partei gegenwärtig wieder Beträchtliches leistet, ist nicht mehr wie früher ein freiwilliges, auf möglichst große Effecte abzielendes Manövriren, es wird durch die „innere Lage" vorgeschrieben. Aber wie die Fäden verschlungen sind, ist schwer zu erkennen. So kann man sich verschiedene Verse darauf machen, daß der wenn auch nicht mit den geträumten Triumphen, so doch mit starker Macht aus dem württembergischen Wahlkrieg hervorgegangene „klerikal-demokratische" Herr Gröber sich plötzlich zu der Bewilligung einer eben noch bekämpften höheren Geldforderung für den Uebungsplatz der württembergischen Armee herbeigelassen hat.

Deutsches Reich.

* **Zwickau,** 16. Februar. Der aufgelöste Verband Sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter beabsichtigt die Begründung einer Casse abzutrennen und für sie gesondert die Rechte der juristischen Persönlichkeit zu erwerben.

C. H. **Berlin,** 16. Februar. Das war ein Freudenjubel, als bei den diesjährigen „Genossen" aus Stuttgart das Resultat der Wahl in Cannstatt eintraf. Nun war also der erste Socialdemokrat in die württembergische Kammer gewählt worden, und Stuttgart hat inzwischen den zweiten entsandt. Interessanter aber noch als diese Wahlen ist die Thatsache, daß die Volkspartei in der Stichwahl fast alle ihre Candidaten durchbrachte, während das Centrum nur einen einzigen Erfolg zu verzeichnen hat. Der Landesvorstand der Socialdemokraten Württembergs hatte vor etlichen Tagen ein Manifest an die Genossen erlassen, Mann für Mann bei den Stichwahlen für die Volkspartei einzutreten, die Centrumspartei müsse unter allen Umständen bekämpft werden, weil dieselbe eine stetige Gefahr für die Freiheit der Schule wie der Lehrer und nicht zuletzt für die gesammte Cultur bilde. Dieser Aufforderung sind die Genossen strict nachgekommen. Die süddeutschen socialdemokratischen Führer haben schon seit etlichen Wochen eine außerordentlich lebhafte Agitation gegen die Centrumspartei entfaltet; in zahlreichen Volksversammlungen, die in Bayern, Baden, Hessen stattfanden, wurde die Centrumspartei von den Socialdemokraten als eine im schlimmsten Sinne des Wortes volks- und freiheitfeindliche Partei bezeichnet, und die anwesenden „Genossen" verpflichtet, Alles daran zu setzen, um diese im Dienste des capitalistischen und zum Theil noch junkerlichen Classenstaates alle freien, selbständigen Regungen des Volksbewußtseins unterdrückende Partei zu Fall zu bringen. Die Gegenagitationen der Centrumspartei sind stellenweise recht schwach gewesen; die Hoffnung, daß die katholischen Gesellenvereine sich als scharfe, rege Kampftruppen erweisen würden, hat sich in Württemberg nicht erfüllt; und so waren die Stichwahlen für die Centrumspartei eine große Niederlage, während die Volkspartei auch da Triumphe errang, wo sie solche nicht erwartet hatte.

△ **Berlin,** 16. Februar. Die socialdemokratische Partei hat im Reichstag eine Resolution eingebracht, welche die Aenderung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes in mehreren Puncten bezweckt. Es handelt sich dabei bezüglich der Gewährung von Altersrenten um die Reducirung des Arbeits- und Beitragsnachweises auf eine Versicherungsmarke und um die Erweiterung des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit als Voraussetzung des Anspruchs auf Invalidenrente. Während das Gesetz Erwerbsunfähigkeit annimmt, wenn der Versicherte nicht mehr im Stande ist, ein Sechstel seines nach dem Durchschnitt der letzten Jahre berechneten bisherigen Verdienstes plus einem Sechstel des ortsüblichen Tagelohns zu verdienen, will der socialdemokratische Antrag die gesetzlich erforderliche Erwerbsunfähigkeit nicht nur schon angenommen wissen, wenn der Versicherte nicht mehr die Hälfte seines bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahresverdienstes zu erwerben vermag; er beschränkt auch die Erwerbsfähigkeit auf den „Beruf", so daß ein Versicherter, der nicht mehr die Hälfte des bisherigen Verdienstes durch seine bisherige Beschäftigung zu erwerben vermag, Anspruch auf Invaliditätsrente selbst dann erhielte, wenn er durch eine andere, wie das Gesetz sagt, „seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit", einen höheren Verdienst erzielen könnte. Von Werth ist an dem Antrag nur, daß er die Preisgabe der Auffassung, wonach eine vom siebzigsten Lebensjahre an gezahlte Rente für die Arbeiterbevölkerung bedeutungslos sei, zum Ausdruck bringt. Der großen Masse der Versicherten dürfte übrigens die Vermehrung der Ansprüche auf Renten weniger am Herzen liegen, als die Erhöhung der gesetzlich bereits gewährleisteten Renten. Die Zeit wird hierfür erst sein, sobald der Nachweis sich führen läßt, daß die Einnahmen auf Grund der gegenwärtigen Unterlagen den Versicherungsanstalten höhere Leistungen ermöglichen. Dann wird die Reform sich in dieser Richtung bewegen.

* **Berlin,** 16. Februar. Nachstehende charakteristische Erklärung geht der „Post" zur Veröffentlichung zu:

Berlin, 14 Februar 1895.

Aus fast allen Theilen Deutschlands, selbst aus Oesterreich und der Schweiz, gehen mir von den verschiedensten Berufsständen so zahlreiche Zustimmungs-Erklärungen zu meinen am 9. Januar und 7. Februar im Reichstage gehaltenen Reden zu, daß es mir, besonders seit meiner Erkrankung, ganz unmöglich geworden ist, dieselben einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb die Herren Absender, meinen Dank in der Form gegenwärtiger Erklärung entgegennehmen und versichert sein zu wollen, daß ihre Zustimmung mir ein neuer Sporn sein wird, um auf dem betretenen Wege fortzufahren und die Umsturzbestrebungen unentwegt zu bekämpfen, mögen sie von Anarchisten oder waschechten Socialdemokraten, von verblendeten evangelischen Geistlichen oder von dünkelhaften Professoren betrieben werden. Die pöbelhaften, zum Theil auf Fälschung meiner Worte basirten Angriffe, welche von dieser Gesellschaft in urtheilslosen Versammlungen, in der Presse, wie in directen Kundgebungen gegen mich geschleudert werden, berühren mich nicht mehr, seitdem die streitbaren Herren es ablehnen, für Beleidigungen mit ihrer Person einzutreten. Ich schöpfe sogar aus der Maßlosigkeit dieser persönlichen Angriffe mit Genugthuung den Beweis, wie schwer man sich durch meine Enthüllungen getroffen fühlt und wie wenig Sachliches man mir entgegen zu stellen vermag. Der Größenwahn der grauen Theorie hat in diesen Tagen wahrhafte Orgien gefeiert und auch dem Blödesten die Augen über dieses Treiben öffnen müssen. Möchte man an den maßgebenden Stellen endlich erkennen, daß es vergeblich ist, mit Strafparagraphen gegen den Umsturz vorzugehen, so lange man den pseudo-wissenschaftlichen und pseudo-christlichen Socialismus ruhig gewähren läßt. Frhr. von Stumm-Halberg.

Y. **Berlin,** 16. Februar. (Telegramm.) Der **Kaiser** hütete wegen eines Schnupfens gestern und heute das Zimmer.

C. H. **Berlin,** 16. Februar. (Privattelegramm.) Der **Kaiser** hat sich die Erkältung auf der Jagd zugezogen. Das Unwohlsein ist nicht bedenklicher Natur.

Y. **Berlin,** 16. Februar. (Telegramm.) Das Diner, welches der Oberpräsident v. Achenbach alljährlich für die Mitglieder des **brandenburgischen Provinzial-Landtages** veranstaltet, wird am Sonnabend, den 23. d. Mts., im Englischen Hause stattfinden. Bekanntlich pflegt der Kaiser diesem Diner beizuwohnen. Er hat, wie wir vernehmen, auch diesmal sein Erscheinen zugesagt.

C. H. **Berlin,** 16. Februar. (Privattelegramm.) Die **Königliche Akademie der Künste** hat den **Fürsten Bismarck** zum **Ehrenmitglied** gewählt. Die Wahl hat bereits die kaiserliche Bestätigung gefunden.

C. H. **Berlin,** 16. Februar. (Privattelegramm.) Dem gestern hier gegründeten **Centralverband deutscher Brauereien gegen Verrufserklärungen** sind fast alle größeren Städte Norddeutschlands beigetreten. Den einzelnen Localverbänden wird Entschädigung für den durch Boycottirung entgangenen Absatz geleistet und Garantie dafür geboten, daß den Kunden boycottirter Brauereien kein Bier von Mitgliedern anderer Localverbände für die Dauer des Boycotts geliefert wird. (Wiederholt.)

— In dem **Disciplinarverfahren,** welches die mecklenburgische Kirchenbehörde gegen Pastor **Müller** in Rostock eröffnet hat wegen angeblicher Verunglimpfung der mecklenburgischen Kirche und ihrer Geistlichen, hat bereits ein drittes Verhör stattgefunden. Wie die „Prot.-L.-Corr." erfährt, ist für den 19. Februar ein weiterer Termin anberaumt worden, und zwar in Berlin, zur **Aufnahme von Zeugenaussagen über den bekannten Vortrag Müller's,** den dieser auf Veranlassung des Vereins für Feuerbestattung im Bürgersaal des Berliner Rathhauses gehalten hat.